

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/9

Bonn, den 13. Januar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

"Keine aktuelle Aufgabe" ?

48

Schröder und die "Europäische Atomstreitkraft"

2

L U X E M B U R G

45

Notwendige Klärung

3

Verzögerte Umschulung

52

Will die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung  
eine Pendlerrreserve erhalten?

4 - 5

Noch immer rollen die Köpfe

70

Das Blutbad in Burundi

Von Pierre Simonitsch, Genf

+ + +

- 1 -  
"Keine aktuelle Aufgabe" ?  
-----

Schröder und die "Europäische Atomstreitmacht"

sp - Die kurze Aussprache im Bundestag über den Stand der deutschen Außenpolitik war trotz der etwas blassen Erläuterungen des Außenministers doch recht aufschlußreich. Sicher hätte sie an Aktualität gewonnen, wären dem Parlament die Auskünfte Schröders gleich nach Abschluß der NATO-Konferenz in Paris und der Reise Erhards nach den USA gegeben worden. So waren die Weihnachts- und Neujahrstage dazwischen gekommen und vieles, was Herr Schröder sagte, hatte man schon vorher in den Zeitungen lesen können. Neben zahlreichen anderen Auskünften des Außenministers verdient jedoch eine besonders beachtet zu werden. Auf die Frage des SPD-Abgeordneten Helmut Schmidt, wie die Bundesregierung zu der von Franz Josef Strauß schon mehrfach anvisierten "Europäischen Atomstreitmacht" stehe, antwortete der Minister, es handele sich hierbei um "keine aktuelle Aufgabe". Das heißt so viel wie KOCH NICHT.

Diese Bemerkung ist deswegen interessant, weil das Problem einer "Europäischen Atomstreitmacht" - wie der Minister genau weiß - nicht nur ein Steckenpferd des Franz Josef Strauß und einiger anderer CSU- und CDU-Abgeordneten ist, sondern auch des französischen Staatspräsidenten. Dieser hat den deutschen Botschafter in Paris kürzlich erst wissen lassen, daß Frankreich zwar nicht das NATO-Bündnis verlassen wolle, aber trotzdem der Meinung sei, die Europäer müßten sich auch in bezug auf die "Verteidigung Europas mit den modernsten Mitteln" sehr bald auf sich selbst verlassen können. Auch das ist dem Bundesaußenminister bekannt, und wenn er im Bundestag diesen ganzen Fragenkomplex mit der Bemerkung von sich schob, die europäische Atomstreitmacht sei "keine aktuelle Aufgabe", was dann weiß er, w a r u m er das tat.

Während der Bundestag noch debattierte, hatten die Agenturen bereits berichtet, daß de Gaulle demnächst nach Moskau reisen werde und welche Themen er mit den sowjetischen Machthabern zu besprechen gedenkt. An erster Stelle steht das Gesprächsthema "Europäische Sicherheit" und - darin eingeschlossen - "die deutsche Frage". Beide Themen sind voneinander nicht zu trennen. Nur sieht man in Paris den Zusammenhang anders als in Bonn, London und Washington. Während die offizielle Politik der Bundesregierung die europäische Sicherheit und damit auch die Sicherheit des freien Teils Deutschlands nur im Rahmen des NATO-Bündnisses für gegeben hält, meint das offizielle Frankreich, die Lockerung der atlantischen Allianz und ein spezielles europäisches Sicherheitssystem unter Führung Frankreichs sei für die Sowjets und andere europäischen Ostblockstaaten insofern sympathischer, als Frankreich dann den osteuropäischen Ländern eine "Garantie vor dem Wiedererstarken des deutschen Militarismus" geben könnte. In Moskau glaubt man auch, ein europäisches Sicherheitssystem mit Beteiligung Frankreichs sei weniger gefährlich als eine perfektionierte NATO, selbst wenn Frankreich die Bundesrepublik in ein System der europäischen Atomverteidigung einbeziehen würde. Die Sowjets wissen nämlich, daß Frankreichs atomare Verteidigungskraft keinen Vergleich mit dem atomaren Potential der USA aushält.

Der Bundesaußenminister wäre eine Kull, wenn er das nicht auch alles wissen würde. Deswegen sollte man seine Antwort auf die Frage des Abgeordneten Helmut Schmidt im Gedächtnis behalten.

L U X E M B U R G

Notwendige Klärung

sp - Der sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der sozialistischen Fraktion des Europarates, Käte Strobel, blieb es in der außenpolitischen Aussprache des Bundestages vorbehalten, Außenminister Schröder aus einer für die deutsche Öffentlichkeit unverständlichen Reserve herauszulocken. Nur in wenigen Sätzen hatte Schröder in seiner außenpolitischen Übersicht die bevorstehende Konferenz der Außenminister der sechs EWG-Staaten in Luxemburg erwähnt und dabei versäumt, die deutsche Verhandlungsposition präzise zu umreißen. Käte Strobel, nach langer Krankheit wieder genesen, gebührt das Verdienst, eine Klärung herbeigeführt zu haben, die nun keinen Zweifel läßt, in welcher Richtung die deutsche Delegation tendieren wird.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) befindet sich in einer Krise, ausgelöst durch die Haltung Frankreichs. Der europäische Zug mußte viel Dampf ablassen. Die ganze Konzeption der EWG ist in Gefahr, bis zur Unkenntlichkeit verwässert zu werden. Es geht nicht um die Regelung von Detailfragen - so schwierig sie auch etwa auf dem Gebiet des Agrarsektors sind - es geht um die Erhaltung der Substanz, um die Funktionsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaften überhaupt.

Im Mittelpunkt aller Vorstöße des französischen Staatspräsidenten steht die Stellung der Hohen Kommission, jener motorischen Kraft, von der bisher mächtige Impulse und richtungweisende Schritte ausgingen. Die Bundesregierung hat bisher zu den Angriffen gegen den Präsidenten der Hohen Kommission, Hallstein, geschwiegen, sie erweckte den Eindruck der Gleichgültigkeit. Sie übersah die Gefährlichkeit der Vorstöße. Diese richteten sich zwar gegen Hallstein, aber gemeint war und ist das ganze Gebäude der Europäischen Institutionen. Die Bundesregierung bezog in dieser schwerwiegenden Frage keine klare Position, sie ließ Hallstein allein, sie wählte das Schweigen und verstärkte durch ihre Haltung das Gefühl der allgemeinen Unsicherheit.

Die Aussprache im Bundestag erfolgte gerade noch zur rechten Zeit, sie legte die Marschroute der deutschen Delegation für die Beratungen in Luxemburg fest. Die bohrenden Fragen Käte Strobel zwingen Schröder als den Leiter der starken deutschen Verhandlungsdelegation, seine Karten offen auf den Tisch zu legen. Die Suche nach einer für alle annehmbaren Lösung schließt den Römischen Vertrag in Frage stellenden Kompromisse aus. Gewiß, Kompromisse sind gelegentlich notwendig, doch sie müssen dort ihre Grenzen finden, wo die Substanz der EWG berührt wird. Die deutsche Delegation befindet sich dabei in guter Gesellschaft, wenn sie bei den kommenden Verhandlungen ihre ganze Kraft anbietet, die schon vorhandenen Europäischen Gemeinschaften vor dem Rückfall in nationalstaatliches Denken zu bewahren. Der Deutsche Bundestag läßt sich vom Weg nach Europa hin nicht abbringen. Das verpflichtet auch die Regierung.

### Verzögerte Umschulung

---

Am 21. August 1960, erschien die Verordnung der EWG-Kommission über den Europäischen Sozialfonds. Durch diesen Fonds leistet die EWG einen Beitrag von 50 Prozent zu strukturbedingten Umsiedlungsmaßnahmen, wobei alle Kosten, also z.B. auch die Errichtung von Ausbildungsstätten, eingeschlossen sind. Die SPD-Landtagsfraktion in Bayern hat die Bayerische Regierung bereits im Jahre 1963 auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht. Sie hat wiederholt darauf hingewiesen, daß z.B. Frankreich bei der Umschulung einen Arbeitslohn gewährt, während bei uns lediglich Arbeitslosenunterstützung gezahlt wurde, und daß in Frankreich die Umschulungsdauer sechs bis neun Monate beträgt, während in der Bundesrepublik die Kurse nur drei Monate dauern.

Das bayerische Arbeitsministerium hat nun zum Jahresbeginn vorläufige Grundsätze für die Gewährung staatlicher Beihilfen an Teilnehmer beruflicher Bildungsmaßnahmen erlassen, die eine gewisse Verbesserung des bisherigen Zustandes bedeuten. So wird z.B. der Unterhaltsbeitrag für die Umschüler erhöht. Die Umschulungszeit soll allerdings weiter in der Regel drei Monate betragen, wobei eine Verlängerung bis zu sechs Monaten möglich ist. Diese Richtlinien sollen später von verbesserten Richtlinien der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung abgelöst werden. Staatssekretär Dr. Pirkel hat dazu erklärt, daß die hierfür von Bayern aufzubringenden Mittel zu 50 Prozent aus dem Sozialfonds der EWG erstattet werden. Das trifft allerdings nicht für dieses Jahr zu, denn der Antrag hätte am 1. Juli des vorigen Jahres eingereicht werden müssen.

Die SPD hat in den vergangenen Jahren regelmäßig auf diesen Termin aufmerksam gemacht. Aufgrund einer Anfrage des SPD-Abgeordneten Karl Weichsäpler am 2. Februar 1965 teilte dann Staatssekretär Dr. Pirkel im Landtag mit, daß die Bayerische Regierung am 3. März 1964 beschlossen habe, beim Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Überprüfung des bisher angewandten Systems der Berufsumschulung vorzunehmen und eine ähnliche Regelung anzustreben, wie sie in Frankreich angewandt wird. Auf eine Rückfrage aus Bayern hieß es dann, daß die Vorbereitungsarbeiten für die Neufassung der Richtlinien vor allen Dingen noch nicht abgeschlossen werden konnten, weil die Anstalt bemüht sei, einen Einblick in die beruflichen Bildungsprogramme anderer, insbesondere der EWG-Staaten, zu bekommen.

Inzwischen sind also fast sechs Jahre seit Erlaß der EWG-Verordnung vergangen. Der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung ist es anscheinend immer noch nicht gelungen, herauszubekommen, daß Frankreich die Umschulung weit großzügiger handhabt und infolgedessen wesentlich mehr Mittel aus dem EWG-Sozialfonds bezieht. Die Bundesrepublik leistet von sechs EWG-Staaten den größten Beitragsanteil zu diesem Fonds. Durch die Änderung der Richtlinien wäre es möglich, die Umschulung beträchtlich auszuweiten und viel wirksamer zu gestalten, ohne daß wesentlich mehr Mittel aufgebracht werden müßten. Hier liegt es also keineswegs am fehlenden Geld, sondern an der mangelnden Beweglichkeit. Ein solches Ausmaß an Unbeholfenheit und Schwerfälligkeit ist selbst für eine deutsche Behörde ungewöhnlich, so daß fast vermutet werden muß, daß man an einer wirkungsvolleren Umschulung, die vor allem für die aus der Landwirtschaft ausscheidenden Arbeitskräfte sehr wichtig ist, gar nicht interessiert ist. Oder will vielleicht die Bundesanstalt die große Reserve von Hilfsarbeitern, die als Pendler in jeder beliebigen Gegend eingesetzt werden, gar nicht abbauen?

## Noch immer rollen die Köpfe

### Das Blutbad in Burundi

Von Pierre Simonitsch, Genf

Im ostafrikanischen Zwergstaat und UNO-Mitglied Burundi rollen noch immer die Köpfe. Den Interventionen des Roten Kreuzes, des Internationalen Arbeitsamtes und der Internationalen Juristenkommission ist es nicht gelungen, dem seit Oktober andauernden Blutbad Einhalt zu gebieten. Unter den Hingerichteten befinden sich die Vorsitzenden und die vier Vizepräsidenten der Nationalversammlung und des Senats, der ehemalige Premierminister, der Wirtschaftsminister, der Vorsitzende der Volkspartei, der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaft sowie alle gewählten Amtsträger der beiden Parlamente.

### Ursprung und Ursachen des Gemetzels

Diese dramatische Entwicklung ist weitgehend das Ergebnis einer verfehlten Kolonialpolitik. Während Jahrzehnten nutzten die Verwalter der belgischen Kolonie Ruanda-Urundi die gespannten Beziehungen zwischen den beiden ansässigen Stämmen, den Watussis und den Bahutus, zu ihrem Vorteil aus. Die hochgewachsenen Watussi-Krieger bildeten die einheimische Noblesse und wurden von den Belgiern in ihren Privilegien bestätigt. Erst gegen Ende ihrer Herrschaft versuchten die weißen Kolonialherren eine Art Gleichgewicht zwischen den feindlichen Stämmen zu instaurieren - leider zu spät. Als die Kolonie völlig unvorbereitet ihre Unabhängigkeit erlangte und sich in zwei Staaten spaltete - Ruanda und Burundi - begann zuerst einmal in Ruanda die große Abrechnung. Die zahlenmässig überlegenen Bahutus töteten oder verstümmelten Tausende von Watussis; Zehntausende Watussis flüchteten in die umliegenden Länder und schufen dort neue soziale Probleme.

### Revolten und ihre Niederwerfung

In Burundi leben etwa 2,3 Millionen Bahutus und 250.000 Watussis. Zunächst schien es so, als ob es in der Verwaltung des Königreiches zu einem Ausgleich zwischen den beiden Volksgruppen kommen könnte. Unter dem Druck der Watussi-Aristokratie mußte aber der König darauf verzichten, die Bahutus vermehrt mit Regierungsposten zu betrauen. Im vergangenen Spätherbst machte sich die Unzufriedenheit der Bahutus in einer Revolte Luft. In der Nacht vom 18. auf den 19. Oktober meuterten Bahutu-Soldaten in der Hauptstadt Bujumbura. Kurz darauf kam es in der Ge-

gend von Muramvya zu einem zivilen Aufstand, dem Hunderte von Watussis zum Opfer fielen.

#### Interventionen ohne Erfolg

Die Niederwerfung der Bahutu-Revolte war hart und konsequent. Laut Augenzeugen ist die gesamte Bahutu-Intelligenz - d.h. alle des Lesens und Schreibens Kundigen - von der Ausrottung bedroht. Das Rote Kreuz appelliert an die Menschlichkeit und der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf intervenierte persönlich, um wenigstens die Vollstreckung der Todesurteile gegen 20 Gewerkschafter zu verhindern - ohne Erfolg. Der Generalsekretär der Internationalen Juristenkommission, die ebenfalls in Genf ihren Sitz hat, verlangte in einem langen Telegramm an den Ministerpräsidenten von Burundi Auskunft, worin die Anklagen gegen die zahlreichen zum Tode verurteilten Persönlichkeiten bestanden, Auskünfte erhielt die Juristenkommission keine, dafür aber immerhin die Erlaubnis, einen Beobachter nach Burundi zu entsenden.

#### Internationale Juristenkommission wird getäuscht

Mitte Dezember begab sich also Professor Graven von der Universität Genf nach Burundi. Während der ersten zwei Tage seines Aufenthalts wurden 22 Todesurteile vollstreckt, ohne daß er davon informiert wurde oder Einblick in die angeblich existierenden Prozeßakten erhielt, wie ihm dies vom Justizminister persönlich versprochen worden war. Nach den Informationen der Internationalen Juristenkommission wurden bisher 86 Bahutu-Persönlichkeiten hingerichtet. Die burundische Regierung (oder was davon übrigblieb) verweigerte dem Beobachter der Internationalen Juristenkommission jedwede Unterstützung bei seinen Nachforschungen. Einen Tag vor seiner Abreise erhielt Professor Graven einen Brief vom Justizminister, wonach die Regierung gegen Entsendung weiterer Beobachter nichts einzuwenden habe und daß diesen "alle Erleichterungen" garantiert würden. Sie könnten den Prozessen beiwohnen, "soweit sie in der Öffentlichkeit stattfinden". Die Internationale Juristenkommission hat nicht die Absicht, das Angebot unter den bestehenden Umständen anzunehmen.

#### König von Burundi läuft Ski in der Schweiz...

Burundi spielt trotz seiner Kleinheit in Ostafrika eine wichtige Rolle. Von Burundi aus wurde zeitweise die kongolesische Revolution gelenkt und in Busumbura hielten die Chinesen bis vor kurzem einen propagandistischen Brückenkopf. Der König verfügt nur über geringe Autorität. Jedesmal wenn es in seinem Lande brenzlich wird, setzt er sich nach Genf ab, wo er ein Appartement besitzt und die Nachtlökalé belebt. Gegenwärtig vergnügt sich Mwanbusta IV. - Beruf laut Genfer Telefonbuch: König von Burundi - in Begleitung seiner Freundin Josy, einer Tänzerin, und seines Sohnes "Kronprinz Charles", der in Lausanne studiert und einen Ferrari fährt, im Schweizer Jura beim Skilaufen.